

Staatliche Rahmenbedingungen

Das Wissenschaftsministerium ist aus unserer Sicht stärker als bisher bei der Qualität des Studiums, aber auch bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Hochschulen gefragt. In beiden Bereichen hat der Staat in den vergangenen Jahren Kompetenzen abgegeben – mit verheerenden Folgen. Hier sollte das entstandene Steuerungsvakuum durch ein differenziertes Instrumentarium gesetzlicher Regeln, Anreizsetzungen und zielorientiertem Verwaltungshandeln gefüllt werden.

Über Hochschulräte oder Akkreditierungsagenturen werden die Hochschulen heute allzu oft durch die Interessen externer Akteure, insbesondere aus der Wirtschaft, dominiert. Dies lehnt DIE LINKE ab. Wir fordern, dass Studierende, wiss. & sonstige Mitarbeiter/innen, Professor/innen gleichberechtigt an Entscheidungen der Hochschulen beteiligt werden sollen (Viertelparität). Außerdem sollten Personal- und Betriebsräte, aber auch Gleichstellungsbeauftragte erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten.

Wir wollen, dass Hochschulen besser mit der Gesellschaft kommunizieren. Dafür sind auch Kuratorien ein sinnvolles Instrument, wenn sie entsprechend breit und demokratisch legitimiert besetzt werden. Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen, Arbeitnehmersvertretungen, Landesparlament und –regierung, aber auch interne Mitglieder aller Statusgruppen gleichberechtigt in einen Dialog über langfristige Entwicklungsstrategien der Hochschule bringen.

Die staatliche Finanzierung privater und kirchlicher Hochschulen sehen wir insbesondere vor dem Hintergrund der Unterfinanzierung der staatlichen Hochschulen kritisch.

Eine Differenzierung im Hochschulsystem gibt es bereits – etwa nach technischen und Volluniversitäten, aber auch nach Fachhochschulen und Universitäten. DIE LINKE steht für eine funktionale, keine hierarchische Differenzierung der Hochschullandschaft. Wir wollen eine Debatte über ein Hochschulsystem des 21. Jahrhunderts führen, das allen Studierwilligen das Studium ihrer Wahl anbieten kann. Wir brauchen Leistungsfähigkeit in der Breite, keine Leuchttürme in einer Wüste der Unterfinanzierung.

Studienstruktur

Studierende müssen an den Entscheidungen über die Verwendung von den Mitteln für Studium und Lehre beteiligt werden. Dies wollen wir im Rahmen der viertelparitätischen Besetzung der wichtigen Senate und Kommissionen sicherstellen. Zudem setzen wir uns für eine verstärkte Mitarbeit von Studierenden bei Inhalten und Lehrformen ein. Kommissionen für Lehre sollten mehrheitlich mit Studierenden besetzt werden und an der Reform sowie der Evaluierung von Studiengängen unmittelbar beteiligt werden.

In den ländergemeinsamen Strukturvorgaben wollen wir als prioritäre Änderung die zwingenden Zugangsvoraussetzungen zum Master komplett streichen ebenso die Formulierung, dass der Master ein weiterführender Studiengang gegenüber dem Bachelor als Regelabschluss sei. Wir brauchen mehr Freiheiten für ein selbstbestimmtes Studium sowie die Streichung des vordringlichen Ziels der „Beschäftigungsbefähigung“.

Die Studienleistungen deutscher Hochschulen sollten systematisch und ohne weitere Prüfung vollständig anerkannt werden. Dies können die Kultusminister der Länder in einem Staatsvertrag regeln. Auch im europäischen Hochschulraum soll eine solche Anerkennung angestrebt werden.

Aus unserer Sicht sollte ein Teilzeitstudium in allen Fächern möglich sein, um den veränderten Studienbiographien gerecht zu werden. Dafür müssten vor allem die Studienordnungen weniger repressiv ausgestaltet werden. Es muss Studierenden möglich sein, ihr Studium zeitlich zu strecken, ohne dafür Maluspunkte oder gar eine Exmatrikulation befürchten zu müssen. Nur in wenigen speziellen Fällen sind gesonderte Lehrveranstaltungen oder Prüfungsverfahren nötig.

Solch ein selbstbestimmteres, auch interdisziplinäres Studieren sollte insgesamt im Rahmen einer grundlegenden Reform des Bologna-Prozesses ermöglicht werden.

Hochschulabschlüsse

Alle, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, haben grundsätzlich das Recht auf einen Studienplatz. Dieses muss endlich umgesetzt werden. Das Angebot an Studienplätzen muss sich nicht zuletzt an den Interessen der jungen Menschen orientieren, Zugangshürden wie etwa NCs müssen entfallen. Das Recht auf ein Studium muss auch einen wirksamen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz umfassen, da der Master aus unserer Sicht und auch nach den Wünschen der großen Mehrheit der Studierenden der Regelabschluss ist.

DIE LINKE möchte die Durchlässigkeit zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudiengängen erhöhen. Das Recht auf einen Zugang zur Promotion auch für Hochschulen der angewandten Wissenschaften bzw. Fachhochschulen muss nicht nur formalrechtlich, sondern auch faktisch umgesetzt werden. Universitäten müssen finanzielle Anreize zur Aufnahme von Fachhochschulabsolvent_innen in Masterstudiengänge, aber auch zur Promotion gesetzt bekommen.

Bei den Formen der Promotion strebt DIE LINKE eine Vielfalt an, die den wissenschaftlichen, aber auch individuellen Perspektiven der Promovierenden entspricht. Wir sehen das Promovieren in jedem Fall als erste Phase wissenschaftlicher Tätigkeit und gehen daher von einer Stelle als Regelverhältnis aus. Wir wollen, dass das Verfassen der Dissertation als Teil der regelmäßigen Arbeitszeit gesehen wird.

Graduiertenschulen können eine gute Betreuung bieten, dies kann aber auch vom einzelnen Lehrstuhl geleistet werden. Wichtig ist die Verbindlichkeit, die in einer Promotionsvereinbarung niedergelegt werden sollte. Zudem wollen wir die Transparenz in den Zugangsverfahren zur Promotion erhöhen.

Fachhochschulen sollten das Recht zur Promotion bekommen, wenn sie ihre Forschungsqualität in einem transparenten Verfahren unter Beweis gestellt haben. Ein erster Schritt sollte die verstärkte kooperative Promotion mit Universitäten sein, wie sie bereits in der außeruniversitären Forschung erfolgreich durchgeführt wird.

DIE LINKE tritt für eine Gleichwertigkeit der Lehrämter in der Ausbildung von Lehrer/innen mit gleichen Studienzeiten in den BA- und MA-Studiengängen sowie im Vorbereitungsdienst ein. Wir wollen den Lehrerberuf schrittweise vom laufbahnrechtlichen Ballast befreien. Gleichwertige Ausbildungen sollen auch zu gleichwertigen Berufsperspektiven führen können. Dazu gehört auch eine Abkehr vom schulartenbezogenen Lehramtsstudium hin zu einer schulstufenbezogenen Lehramtsausbildung.

Studierendenvertretung

Studierende sind die größte Gruppe an der Hochschule. Sie sind aktive Mitglieder und keine Kunden. Ihr Recht auf eine Verfasste Studierendenschaft mit allgemeinpolemischen Mandat, Finanz- und Satzungsautonomie muss gesetzlich abgesichert werden. Ähnlich anderer Zwangskörperschaften mit verpflichtender Mitgliedschaft sollte sie auch Beiträge erheben

und Verträge schließen können, um ihre Arbeit zu gewährleisten. Die Landes-Asten-Konferenz kann gesetzlich als Interessenvertretung der Studierenden eines Bundeslandes verankert werden.

Hochschulfinanzierung

DIE LINKE sieht es als Aufgabe des Staates an ein gutes Bildungssystem beginnend mit der Kinderbetreuung komplett zu finanzieren. Wir streben einen Anteil von 7 Prozent des BIP für den Bereich Bildung und 3 Prozent des BIP für den Bereich Forschung und Entwicklung insgesamt an. Bayern liegt mit 39,1 Prozent des Landeshaushaltes für Bildungsausgaben im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer, beim Anteil von 3,4 Prozent des BIP für Bildung deutlich darunter. Für Hochschulen gibt das Land 2012 etwa 2,8 Milliarden Euro aus. Bei den Grundmitteln je Studierenden liegt das Land mit 6000 Euro sogar unter dem Bundesschnitt von 6200 Euro (Zahlen 2010). Wir fordern eine deutliche Anhebung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen – kurzfristig auf 3 Milliarden Euro.

Die Landeszuschuss für Hochschulen sollte in die Grundfinanzierung investiert werden, um die Balance zwischen Projekt- und Grundmitteln wieder zu stabilisieren.

Wettbewerb sollte es um bessere Erkenntnisse in der Forschung und um eine hohe Qualität von Studiengängen geben, nicht um Finanzen. Sinnvoll könnten finanzielle Anreize etwa in der Gleichstellung von Frauen sein. Dies ist aber nicht als Wettbewerb zwischen Hochschulen, sondern als Steuerungsinstrument der öffentlichen Hand zu sehen.

DIE LINKE will ein gutes Studium für alle, die studieren möchten. Die Unterfinanzierung an allen Hochschulen muss beendet werden. Eine Finanzierung von Hochschulen nach extern gesetzten Leistungskriterien lehnen wir ab, weil sie die Kluft zwischen den Hochschulen erhöht und die Freiheit von Forschung und Lehre infrage stellt. Die Flut von Rankings, Wettbewerben und groben Leistungsindikatoren wie der Zahl der Publikationen und dergleichen führt zu einem unproduktiven, unkooperativen Stil in der Wissenschaft und zur Vernachlässigung der Lehre. Sie dient vor allem dazu, die unzureichende Finanzierung der meisten Hochschulen zu rechtfertigen. DIE LINKE lehnt auch einen Wettbewerbsföderalismus zulasten finanzschwacher Länder ab.

Es ist Aufgabe der Bundespolitik, die finanziellen Voraussetzungen für gleichwertige Studienbedingungen in allen Bundesländern sicherzustellen. Daher setzen wir uns z. B. für eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Studienplätzen ein. Nach dem Vorbild des Hochschulpaktes 2020 soll der Bund dauerhaft einen Anteil an neuen Studienplätzen mitfinanzieren. Diese müssen jedoch anders als bisher entsprechende der tatsächlichen Kosten ausfinanziert werden.

Lehre und Wissenschaft müssen unabhängig sein von Partikularinteressen, erstens um unbestechlich dem Erkenntnisinteresse verpflichtet zu sein, zweitens weil sie in Unabhängigkeit das Allgemeinwohl am ehesten fördern können. Dies setzt eine ausreichende öffentliche Finanzierung voraus, die existenzielle Abhängigkeit von Drittmitteln muss entfallen. DIE LINKE will zudem mehr Transparenz in die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bringen. So sollten Kooperationsverträge grundsätzlich offen gelegt werden.

Die Einnahmeausfälle durch die Abschaffung von Studiengebühren sollten dauerhaft durch das Land kompensiert werden. Studiengebühren dienen letztendlich der Kompensation fehlender staatlicher Ausfinanzierung.

Studienfinanzierung und Soziales

Um zumindest ein wenig qualitative Verbesserungen zu erreichen, fordert DIE LINKE, die Mittel pro geschaffenen Studienplatz auf mindestens 8640€ pro Jahr zu erhöhen derzeit rechnet die Bundesregierung mit 6500€ pro Studienanfänger und pro Jahr.

DIE LINKE lehnt jegliche Art von Studiengebühren ab.

Beim BAföG fordert DIE LINKE die Abschaffung der Altersgrenzen, eine sofortige Erhöhung um 10% und schrittweise die Rückkehr zum Vollzuschuss. Außerdem muss sich die Förderhöchstdauer nicht mehr nach administrativ festgesetzten Regelstudienzeiten, sondern nach der tatsächlichen Studiendauer bemessen. Grundsätzlich möchten wir das BAföG zu einer elternunabhängigen und bedarfsdeckenden Förderung umbauen.

Das Deutschlandstipendium lehnen wir als falsches Signal ab, die Gelder hierfür wären in einer längst überfälligen Erhöhung des BAföG wesentlich besser aufgehoben. Die Begabtenförderwerke sollten aus unserer Sicht zur stärkeren Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Auswahl von Geförderten verpflichtet werden.

Die Studentenwerke brauchen zusätzliche Mittel sowohl von den Ländern als auch vom Bund um den gestiegenen Bedarf an Mensen, Wohnheimen und weiteren Angeboten universitärer Infrastruktur gerecht zu werden.

Zielgruppengerechte Angebote

Besonders studierende Eltern sind durch institutionell fehlende Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Studium benachteiligt. Für die Sicherung des Lebensunterhalts ist es problematisch, dass es für Teilzeitstudiengänge keinen entsprechenden BAföG-Bezug gibt. Wie im Bereich der beruflichen Ausbildung sind auch hier flexiblere Formen der Umsetzung und Finanzierung des Studiums notwendig.

Wir wollen die wissenschaftlichen Strukturen fit für Frauen machen und nicht umgekehrt. Dies bedeutet, alle Rahmenbedingungen und Finanzierungsmodi auf ihre benachteiligenden Wirkungen für die Gleichstellung abzuklopfen und zu verändern. Dazu gehört etwa die Schaffung sicherer Karrierewege und besserer Arbeitsbedingungen unterhalb der Professur. Studien zeigen, dass die derzeitigen Bedingungen langer wissenschaftlicher Abhängigkeit und beruflicher Unsicherheit besonders Frauen abschrecken. DIE LINKE schlägt konkret ein Bundesprogramm zur Schaffung von 10.000 unbefristeten Stellen jährlich vor. Der Bund soll hier für eine befristete Zeit die Anschubfinanzierung für eine Mitarbeiterinnen-, Juniorprofessorinnen- oder Dozentinnenstelle übernehmen. Diese sollen quotiert vergeben werden. Wir setzen uns zudem für eine Stärkung der Gendersensibilität in den Inhalten von Lehre und Forschung ein.

DIE LINKE setzt sich zudem für eine an den Ausgangsbedingungen orientierte Quote in der Wissenschaft („Kaskadenmodell“) ein. Wir wollen zudem die quotierte Besetzung wissenschaftlicher Entscheidungs- und Begutachtungsgremien und sprechen uns insgesamt

für eine Öffnung bisheriger intransparenter Besetzungsverfahren dieser Gremien aus. Das Land Bayern sollte die Gleichstellung mit einem Landesförderprogramm unterstützen.

Das ehrenamtliche Engagement von Studierenden kann aus unserer Sicht am besten mit einer Lockerung der Studienordnungen gestärkt werden. Nur wer Zeit dafür hat, kann sich engagieren. Gremienarbeit sollte insbesondere im Rahmen der Leistungsbewertung anerkannt werden.

Unser Ziel ist, den Zugang zu Hochschulen für alle zu öffnen. Menschen mit Migrationshintergrund etwa sind vielen formalen und sozialen Hürden ausgesetzt, wenn sie in Deutschland studieren wollen. Dies betrifft das Recht, in Deutschland zu leben, zu arbeiten und eine Ausbildungsförderung zu erhalten sowie ihre schulischen und akademischen Leistungen anerkannt zu bekommen. Auch der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung oder chronischen Krankheiten muss an den Hochschulen aktiv entgegen gearbeitet werden, die Hochschulen müssen barrierefrei zugänglich sein und Betroffenen eine bessere individuelle Unterstützung bieten.

DIE LINKE tritt für eine umfassende Reform der Lehrerbildung ein. Hier spielt das Thema „Inklusion“ eine zentrale Rolle. Wir wollen eine Qualitätsoffensive für inklusive Bildung in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für inklusive Bildung auf den Weg bringen, mit dem Ziel, die Herausbildung methodischer, didaktischer, psychologischer und sozialpädagogischer Kompetenzen und von Kompetenzen zur Gestaltung inklusiver Lernprozesse in heterogenen Lerngruppen zu gewährleisten. Das bedeutet insbesondere auf Lehr- und Lernmethoden zu orientieren, die das individualisierte Lernen in heterogenen Gruppen in den Mittelpunkt stellen und im Unterricht an die unterschiedlichen (Lern)Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler anknüpfen. Lehrerinnen und Lehrer müssen in die Lage versetzt werden, auf Unterschiedlichkeit von Kindern und Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft und mit oder ohne Behinderungen – einzugehen und jedes Kind individuell zu fördern.

Sonstiges

DIE LINKE setzt sich für studentische Tarifverträge ein. Als Vorbild können hier die Berliner Hochschulen gelten, die tarifvertraglich einen Stundensatz von mindestens 10,98 Euro zahlen.

Hochschulen sollten ökologische Modellstätten sein, in denen neue Konzepte für ökologisches und klimagerechtes Arbeiten ausprobiert werden. Zudem sollten die Forschungsthemen verstärkt auf den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft orientiert werden, um die großen Zukunftsherausforderungen wie Klimawandel oder die soziale Spaltung der Gesellschaft zu beantworten.

Hochschulen müssen auch der Humanität und dem Frieden verpflichtet sein. Rüstungsforschung an den Hochschulen muss über eine Zivilklausel im Bayerischen Hochschulgesetz bzw. den Hochschulsatzungen ausgeschlossen werden.

Ob ein bayernweites Semesterticket für viele einen Mehrwert bietet, sollten die Studierenden in einer Urabstimmung entscheiden. Dies hängt natürlich auch vom Preis ab, der durch das Land bzw. den Kommunen zumindest unter dem Kriterium der Gewinnneutralität bestimmt werden sollte. Vorteile eines bayernweiten Semestertickets wären die Lenkungswirkung vom

Auto weg sowie eine dauerhafte und feste Nutzergruppe des ÖPNV. Allerdings sollten soziale Härten durch entsprechende Ausnahmeklauseln ausgeschlossen werden.

Abschlussfrage:

1. Einführung einer Verfassten Studierendenschaft
2. Erhöhung der Ausgaben für die Hochschulen auf 3 Milliarden Euro
3. Das Recht auf einen Studienplatz für alle Studienberechtigten- inklusive des Rechtes auf einen Masterplatz